

Kraflauer Zeitung.

Nr. 84.

Mittwoch den 12. April

1865.

Die „Kraflauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnements-Preis für Kraflau 3 fl., mit Verleumdung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierstellige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserate-Bestellungen und Belohnungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. begonnene neue Quartal der

„Kraflauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Kraflau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Kraflau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Der bisher am k. k. Hofe beglaubigte königlich hannoversche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Freiherr v. Stockhausen hat die Ehre gehabt, Sr. k. k. Apostolischen Majestät am 21. März d. J. seine Abberufungsschreiben zu überreichen.

Der neuernannte königlich hannoversche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Freiherr v. Knefeler hat die Ehre gehabt, Sr. k. k. Apostolischen Majestät am 21. März d. J. seine Abberufungsschreiben zu überreichen.

Der bisher am k. k. Hofe beglaubigte außerordentliche Vize-Konsul Sr. Majestät des Kaisers von Mexiko hat die Ehre gehabt, Sr. k. k. Apostolischen Majestät am 6. April d. J. seine Abberufungsschreiben zu überreichen.

Der neu ernannte Ministerresident Ihrer Hoheit der Herzogin von Braunschweig und von Nassau Freiherr von Thienen-Adlerflecht hat die Ehre gehabt, Sr. k. k. Apostolischen Majestät am 6. April d. J. seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Sr. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. April d. J. dem Decan von Salurn Franz Vardatsch in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens in der Seelsorge und im Schulfache, das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens, ferner dem Lehrer in Neumarkt Alois Schöpf in Anerkennung seiner vieljährigen erspriesslichen Verwendung im Lehramte das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Sr. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. April d. J. dem Centraldirector der k. k. priv. österr. Staatseisenbahngesellschaft Emil Kopp das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens und dem Wagenmeister derselben Gesellschaft Johann Sch. in Prag das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Sr. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. April d. J. dem k. k. Kreisarzt, dormalen substituirten Stabsphysicus in Maros-Bárfalvy Dr. Wilhelm Knöpfler, in Anerkennung seiner Verdienste um das Sanitätswesen in Siebenbürgen, das Titel eines k. Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraflau, 12. April.

Die von Oldenburg in der Bundestagsitzung am 6. April bei der Abstimmung über den bairerisch-sächsisch-bessischen Antrag gegebene Erklärung lautet:

Der Gesandte ist angewiesen, dem vorliegenden Antrage nicht allein nicht beizustimmen, sondern auch gegen eine demselben entsprechende Beschlussfassung Protest zu erheben.

Nachdem Sr. k. k. Apostolische Majestät in der Bundestagsitzung vom 23. Juni vorigen Jahres seinen Anspruch auf die Regierung in den Herzogthümern Schleswig-Holstein hat anmelden lassen und die Begründung derselben in der Sitzung vom 3. November v. J. der hohen Bundesversammlung, nachdem dieselbe das Ersuchen um Beschleunigung gestellt, überreicht, auch dieselbe dem Ausgange für die Schleswig-Holsteiner Verfassungsangelegenheit überwiesen worden, nachdem Sr. Durchlaucht der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg mittels Beschlusses der Bundesversammlung vom 21. Juli v. J. ersucht worden, eine seine Successionsansprüche begründende Nachweisung mit thunlichster Beschleunigung an die Bundesversammlung gelangen zu lassen, nachdem solchem Ersuchen in der Bundestagsitzung vom 1. September v. J. entsprochen, auch die eingereichte Nachweisung, so wie ein am 3. November v. J. eingereichter Nachtrag dem betreffenden Ausschusse überwiesen worden, soll jetzt plötzlich über einen in ganz andere Bahnen leitenden und die früheren Vorgänge ohne Weiteres ignorirenden Antrag der höchsten Regierungen von Baiern, Sachsen und Hessen-Darmstadt ohne vorgängigen Ausschussbericht und ohne dass die Möglichkeit einer gründlichen gemeinsamen Prüfung dieses Antrages vorgelegen hat, abgestimmt werden.

Einem solchen, alle herkömmlichen und durch die Sachlage gebotenen Formen nicht beachtenden Verfahren kann die großherzogliche Regierung um so weniger zustimmen, als der Antrag sich ganz abgesehen von der eigentlichen Rechtsfrage, aus verschiedenen Gründen sofort als ein mehr als bedenklicher darstellt.

Die großherzogliche Regierung hält dafür, dass in die-

sem Antrage weder der nothwendigen Rücksicht auf die beiden deutschen Großmächte, deren kräftigem Eingreifen die Herzogthümer ihre Befreiung von der dänischen Herrschaft zu verdanken haben, noch auch insbesondere den nationalen Interessen Deutschlands, welche nach der Ansicht der großherzoglichen Regierung die Förderung einer gesicherten und dauernden Nachstellung der norddeutschen Großmacht in Schleswig-Holstein erheischen, gebührend Rechnung getragen wird. Sie ist aber auch ferner der Ansicht, dass der Antrag sich in einem innern Widerspruch bewegt; denn die deutsche Bundesacte kennt nur wohlberechtigte souveräne Bundesglieder, welche nach den Fundamentalprincipien des Bundes sich ihren Besitzstand gegenseitig garantiren und räumt der hohen Bundesversammlung in keiner Weise die Befugniß ein, einen Präventiven provisorisch als Bundesfürsten anzuerkennen und durch seine Abstimmung über die Geschichte Deutschlands mit entscheiden zu lassen.

Der Antrag der höchsten Regierungen von Baiern, Sachsen und Hessen-Darmstadt verstößt aber auch nach der Ansicht der großherzoglichen Regierung direct gegen die Grundgesetze des Bundes. Denn wenn ein Bundesfürst die Regierung in einem anderen Bundeslande beansprucht, so handelt es sich unzweifelhaft um „jura singulorum“, Art. 7 der Bundesacte, welche Worte im Artikel 15 der Wiener Schlussacte die Erläuterung erhalten haben: „wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragmäßigen Einheit, sondern als einzelne selbständige und unabhängige Staaten erscheinen.“ Weder über das Recht der Regierung in einem Bundeslande, noch über den Besitz desselben kann der Bund durch einen Mehrheitsbeschluss zum Nachtheil eines Bundesfürsten disponiren, ohne „jura singulorum“ zu verletzen und am wenigsten, wenn es in der ausgesprochenen Absicht geschieht, den Bundesfürsten dadurch einem Gerichte zu unterwerfen, dem er ohne solchen Beschluss nicht unterworfen sein würde. Die großherzogliche Regierung muß aus diesen Gründen gegen einen etwaigen, dem Antrage der höchsten Regierungen von Baiern, Sachsen und Hessen-Darmstadt entsprechenden Beschluss der hohen Bundesversammlung im Voraus entsetzte Verwahrung einlegen.

Aus München, 7. April, wird der „Const. Dest.“ geschrieben: Die gestern stattgehabte Abstimmung am Bunde hat die Erwartungen gerechtfertigt, welche man nach der Abstimmung vom 27. März gehabt hat. Die Majorität ist sich treu geblieben und Oesterreich hat mit ihr gestimmt. Es hat dies hier einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Man sieht darin eine Garantie, dass die Herzogthümerfrage trotz aller noch entgegenstehenden Schwierigkeiten schließlich doch eine den deutschen und nicht bloß den preussischen Interessen entsprechende Lösung finden wird. Was den Standpunkt des diesseitigen Cabinets anbelangt, so harmonirt derselbe vollkommen mit den Anschauungen des Wiener Cabinets. — Es ist daher ganz unwahr, wenn behauptet wird, Baiern wolle mit seinen Verbündeten unabhängig von Oesterreich am Bunde weitere Anträge stellen. Man wird im Gegentheile nur im Einverständnisse mit Oesterreich vorgehen. Ebenso unwahr ist es, dass man hier den Bruch der österreichisch-preussischen Allianz anstrebt. Man hat im Gegentheile nie den hohen Werth dieser Allianz verkannt, vorausgesetzt, dass dieselbe auf dem Boden des Bundesrechtes sich basirt und wünscht lebhaft nicht nur die Aufrechterhaltung derselben, sondern auch, dass es den übrigen Bundesgliedern möglich werde, sich ihr anzuschließen. Aus diesem Grunde befürwortet man denn auch solche Concessionen an Preußen, welche den wahren Interessen Deutschlands entsprechen. Davon aber glaubt man nicht abgehen zu können, dass zunächst der Souverän in den Herzogthümern eingesetzt werde, der dann unter Intervention des Bundes und der Stände des Landes mit Preußen zu unterhandeln hätte. Den österreichischen Seits abgegebenen Erklärungen zufolge ist daran nicht zu zweifeln, dass die Bundespräsidialmacht von demselben Standpunkte ausgeht.

Nach der „Voh.“ wird von Wien aus, falls nicht in allernächster Zeit eine darauf bezügliche Eröffnung Preußens dort einlangen sollte, zunächst nochmals, und zwar gerade in Hinweis auf die letzte preussische Erklärung am Bunde, welche die Nothwendigkeit einer vorgängigen Feststellung des Rechtspunctes in der Schleswig-Holsteiner Erbfolgefrage so nachdrücklich betont, die Beschleunigung der in Berlin eingeleiteten rechtlichen Prüfung der verschiedenen Erbansprüche dringend monitirt und gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen werden, dass Preußen Vorschläge darüber zu machen im Stande und bereit sei, vor welchem Tribunal und nach welchen Normen schließlich jene Erbansprüche zur Entscheidung zu kommen hätten.

Der Wiener Brief-Correspondent der „Schl. Z.“ schreibt: Sämmtliche Berichte, die bis jetzt unsern diplomatischen Kreisen aus Deutschland und auch aus Paris zugegangen sind, constatiren den günstigen Eindruck, den die Abstimmung vom 6. d. überall gemacht,

und glaubt man, dass sich die Conferenzen derselben bald in beschleunigten Schritten zur endlichen Lösung der Herzogthümerfrage äußern werden. Was die Natur dieser Schritte anbelangt, so wäre man indessen im Irrthum, wenn man annehmen wollte, dieselben würden von einer Auflösung der bisherigen Entente zwischen Oesterreich und Preußen ausgehen und der Antagonismus der beiden deutschen Großmächte, der bei der Abstimmung am 6. d. zu Tage trat, werde auch eine gegensätzliche Haltung der beiden Mächte auf dem Gebiet der praktischen Politik zur Folge haben. Im Gegentheile glauben wir, dass das Verhältniß der beiden Mächte zu einander zur Stunde noch nicht alterirt sei, dass man hier, wie in Berlin, die Fortdauer der Allianz anstrebe, dass man aber hier die vollständige Geltendmachung des Mitbesitzes und Gleichberechtigungs als Prämisse dieser Allianzfortsetzung betrachte, dass man indeß auf diese verzichten würde, falls Preußen Miene machen sollte, den Mitbesitz einseitig oder gar als Alleinbesitz aufzufassen. Deshalb war man hier auch von der Erklärung, welche der preussische Kriegsminister, Herr von Moos, in der preussischen Kammer gelegentlich der Marinedebatte gemacht, höchlich überrascht und hat sich bereit, in Berlin Aufforderungen zu verlangen. (Vergleiche die gestrige Nummer).

Das „Vaterl.“ enthält heute ein Telegramm aus Berlin vom 10. d. folgenden Inhalts: Ein Protest (?) Oesterreichs gegen die Aeußerung des Kriegsministers von Moos bei Einbringung der Marinevorlagen im Abgeordnetenhaus, dass Preußen im Besitze des Kieler Hafens sei und ihn auch zu behalten gedünke, oder nur eine Anfrage wegen dieser Aeußerung ist hier nicht erfolgt. Auch von einer russischen Depesche dieses Inhaltes, dass Russland nur der Konstitution Schleswig-Holsteins als eines souveränen selbstständigen Staates zustimmen werde, ist hier nichts bekannt.

Die officiöse „France“ vom 8. stellt an die Spitze ihres Blattes die deutschen Zeitungen entnommene Nachricht von der Existenz einer neueren französischen Depesche, durch welche die Regierung ihre Versicherungen, sich in die Schleswig-Holsteiner Frage nicht einzumischen zu wollen, erneuert, aber nur eine solche Lösung für befriedigend und dauerhaft erklärt, bei der die Herzogthümer legal und spontan mitwirkten. Daß nicht die leiseste Bemerkung beigelegt ist, könnte wohl als eine Bestätigung für die Existenz dieser Note gelten, indessen wird andererseits dieselbe bezweifelt, nach unserer Ansicht fehlt jede Veranlassung zur wiederholten Abgabe der obigen Erklärung.

Der „Moniteur“ drückt das Votum des Bundesrathes vom 6. d. ab, ohne auch nur eine einzige Bemerkung hinzuzufügen. Tags zuvor stellte er die ganze Angelegenheit noch ein Mal, ohne eine Spur von Kritik nach irgend einer Seite hin, zusammen. Es stimmt dies allerdings mit der Zurückhaltung, welche die französische Regierung in Bezug auf die Schleswig-Holsteiner Angelegenheit seither beobachtet hat, überein, einige Blätter erheben jedoch Zweifel an der Aufrichtigkeit derselben.

Der „Presse“ wird aus Paris vom 8. d. Folgendes zur Situation geschrieben: Im Ganzen finden sich hier weit mehr Sympathien für Oesterreich als für Preußen. Wenn Preußen seine Annexionspläne allmählich durchzuführen fortsetzt, so wird Frankreich nicht dagegen protestiren, aber selbst auch nicht gutheißen. — Selbstverständlich bis auf Weiteres, fügt die Presse hinzu, Frankreich wartet und sein Zuwarten sieht dem Lauern sehr ähnlich.

Das „Mem. dipl.“ charakterisirt die neue Phase, in welche die Schleswig-Holsteiner Angelegenheit eingetreten ist, wie folgt: „Herr v. Bismarck hat es verschmäht, in den Weg der Versöhnung einzulenken. Das Resultat der Vota vom 6. December zeichnet jeder der beiden Großmächte ihren besonderen Weg vor. Oesterreich bestreitet laut und offen Nutzenwendungen, welche Herr v. Bismarck zu eigenem Vortheile aus dem Condominium ziehen will. Es hat sich verpflichtet, zu keiner anderen Lösung die Hand zu bieten, als der durch das Bundesrecht angezeigten.“

Die Stellung des preussischen Cabinets zu dem französischen, schreibt man der „Std. Post“ aus Paris, ist fortwährend eine höchst freundschaftliche; Herr von Bismarck hat kein Hehl daraus gemacht, daß er es billig finde, daß, wenn Preußen sich vergrößere, auch Frankreich eine Verstärkung gebühre; nur will er diese Entschädigung auf Kosten Anderer. Direct und indirect wurde zu verstehen gegeben, daß, er für seine Person nichts Arges darin sehe, wenn Frankreich einen Theil von Belgien sich wieder einverleiben würde, vorausgesetzt, daß man Preußen freie Hand in Deutschland ließe. Drouyn de Lhuys, zu seiner Ehre sei es gesagt, hat diese Andeutungen nie verstanden wollen und sie immer auf die leichte Achsel ge-

nommen. Wenn wir Belgien hätten annexiren wollen — sagte er — so hätten wir es 1830 mit Leichtigkeit thun können; wir hatten uns damals vor niemand zu fürchten. Aber die Einverleibung Belgiens ist heutzutage kein französisches Interesse; die metallurgische Industrie Belgiens würde die unsere erdrücken; in einer Epoche, wo die ökonomischen Interessen entscheiden, ist die Vergrößerung des Territoriums nicht immer ein Gewinn! — Diese tugendhaften Redensarten des Herrn Vicomte sind nun allerdings nicht ernst zu nehmen. Der Fuchs findet die Trauben sauer, die ihm zu hoch hängen. Es giebt Diplomaten, die den Gedanken einer preussisch-französischen Allianz, deren Kosten Belgien bezahlen würde, für sehr plausibel halten, ja man geht so weit, in dem Umstande, daß der greise König Leopold sich trotz seiner Gebrechlichkeit nach London begeben hat, ein Anzeichen der bedrohlichen Gefahr zu erblicken. Alles das ist jedoch vorderhand ohne Grund und Halt. König Leopold ist, seitdem er von seinen gefährlichen Steinbeschwerden durch einen englischen Arzt gründlich curirt wurde, gesund wie ein Fisch. Seine Reise nach London betrifft eine Familienangelegenheit, eine Heirathsache, womit sich der alte Herr immer mit einer gewissen Vorliebe beschäftigte. Die dritte Tochter der Königin Victoria, die Prinzessin Helene, soll mit dem Kronprinzen Ernst August von Hannover verlobt werden. Voilà le grand secret! Mit Belgien wird Europa die Vergrößerung Preußens nicht bezahlen lassen! Das weiß Napoleon sehr wohl und darum denkt man in den Tuilerien wirklich nicht an einen solchen Plan. Das preussische Cabinet wird auf andere Scheidemünze denken müssen; es bleibt nur die Frage, was das übrige Deutschland dazu sagen wird.

Die Denkschrift, in welcher die preussische Regierung die Nothwendigkeit einer Verschmelzung des Post- und Telegraphenwesens Preußens und der Herzogthümer motivirt hat, lautet nach der „N.Z.“:

A. Im allgemeinen deutschen Verkehrsinteresse a. ist möglichste Einheit und Gleichförmigkeit der öffentlichen Verkehrs-Einrichtungen zu wünschen. Eine Vermehrung der bereits bestehenden Anzahl kleiner Post- und Telegraphen-Bezirke lenkt aber von diesem Ziele ab. Ein neues selbstständiges Glied im deutschen Post- und Telegraphen-Verein würde die Hindernisse, mit denen die Entwicklung dieser nationalen Verkehrs-Gemeinschaften bereits zu kämpfen hat, erheblich vermehren. b. Bei Verschmelzung mit dem den bei Weitem größten Theil von Norddeutschland umfassenden preussischen Post- und Telegraphen-System würde ein großer Theil der Postsendungen und telegraphischen Depeschen nicht allein billiger, sondern auch schneller und sicherer befördert werden, indem die umständlichen Uebergaben und Abnahmen aus den Grenzen, bez. die Uebergänge von einem Liniensystem auf das andere, ganz in Wegfall kämen und lange, fortlaufende Posttrouen, so wie ununterbrochene Telegraphenverbindungen sich dem Verkehr darbieten würden. c. Die Repräsentation des deutschen Post- u. Telegraphen-Vereins bei den vielfachen Beziehungen mit auswärtigen Staaten würde durch eine, in die Reihe dieser Beziehungen neu eintretende kleine Post- und Telegraphenverwaltung an der wichtigen Gränze gegen Norden nicht so wirksam wahrgenommen werden können, wie die mannichfachen dabei in Betracht kommenden Interessen es erheischen. Die Regierung der Großherzogthümer würde mit Dänemark und mittelbar durch Dänemark auch mit Schweden und Norwegen keineswegs so vortheilhafte Verträge für den deutschen Post- und Telegraphenverein schließen können, wie die preussische Staatsregierung im Stande ist. Dies gilt insbesondere von den Beziehungen zu Dänemark, welchen gegenüber die Herzogthümer als ein isolirtes Verkehrsgebiet und als kleinerer Staat nicht in der Lage sein würden, bei etwaigen Verhandlungen die Interessen des deutsch-österreichischen Post-Telegraphenvereins mit dem erforderlichen Nachdruck zu wahren.

B. Im Interesse der Herzogthümer d. würde eine Verschmelzung mit dem preussischen Post- und Telegraphen-System den Einwohnern und Behörden der Herzogthümer alle Vortheile gewähren, welche in Preußen durch dieselben in steter Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse verwalteten Staats-Institute dargeboten werden. e. Es würden ausgiebigere Mittel, als das Budget einer eigenen Betriebsverwaltung der Herzogthümer sie gewähren könnte, aufgewendet werden, um das in der Entwicklung zurückgebliebene dortige Post- und Telegraphen-Wesen möglichst schnell und in umfassendem Maße auszubilden, namentlich die Anlagen: Post-Anstalten und Post-Course, Telegraphenstationen und Linien zu vermehren, den Betrieb zu vervollkommen, die Vortheile der von Preußen abgeschlossenen Post- und Telegraphen-Verträge auch auf die Herzogthümer zu übertragen u. s. w.; Preußen würde nicht fiscalisch verwalten. f. Die Aufnahme der Herzogthümer in den deutschen Post- und Telegraphen-Verein würde schneller und mit geringeren Opfern für dieselben bewirkt werden können. g. Die Herzogthümer würden die Kosten der Central-Post- und Telegraphen-Verwaltung ersparen.

Hierzu kommt nun noch folgende, auf das berechnete preussische Interesse speciell gestützte Betrachtung. Wenn die preussische Regierung das Post- und Telegraphen-Wesen in den Herzogthümern nicht erlangte, vielmehr eine eigene Landes-Post- und Telegraphen-Verwaltung sich dort ausbildete, so würden hieraus für Preußen, im Vergleich zu den Verhältnissen vor Ausbruch des dänischen Krieges, entschiedene Nachteile entstehen. Die preussische Post-Verwaltung würde von den früheren directen Beziehungen mit Schweden und Dänemark auf dem Wege über Hamburg abgeschnitten werden, Verluste an Einnahme erleiden und Beeinträchtigungen ihres naturgemäßen und berechtigten Einflusses beim Abschluß von Verträgen mit fremden Staaten erfahren. Nicht minder wichtig ist für Preußen speciell die vollständige Sicherung des fortlaufenden Versendungs-Verkehrs von Dienst-Depeschen mit den Truppen in den Herzogthümern und den Kriegsschiffen in den dortigen Häfen.

Von den wenigen Staaten, welche mit ihrer Erklärung über die Schleswig-holstein'sche Interimsflagge noch im Rückstand waren, hat jetzt auch Portugal sich ausgesprochen. Es erkennt die neue Flagge ohne Bedingung und Vorbehalt an, aber es ist noch nicht in der Lage, die desfallsigen Verfügungen erlassen zu können, weil — damit in dieser Angelegenheit auch die Komik nicht fehle — dem betreffenden Gesandten d. r. beiden deutschen Großmächte das Allernothwendigste, die Beschreibung der Flagge nämlich, beizufügen vergessen war.

Die „N. Z.“ versichert, daß das Wort des Hrn. Kriegsministers bezüglich des Kieler Hafens bereits in die Wirklichkeit übergeht. Es sind, sagt sie, schon preussische Arbeiter unterwegs, welche die nöthigen Bauten sofort in Kiel beginnen werden.

Ueber die Gründe, welche die Abberufung des k. hannoverschen Gesandten Freiherrn v. Stockhausen veranlaßt haben, bringt die „Const. Destr.“ folgende Mittheilung aus Hannover: Freiherr v. Stockhausen ist auf sein eigenes Ansuchen von Wien nach Berlin versetzt worden. Die Gründe, welche ihn dazu veranlaßten, haben mit der Politik nichts zu thun und sind rein persönlicher Natur. Es sind nämlich lediglich Familienverhältnisse, durch welche diese Versetzung zu motiviren ist.

Nach einer Behauptung der „Unità cattolica“ hat der Deputirte der äußersten Linken Siccoli einen Brief Mazzini's erhalten, worin derselbe seine Behauptung von der Existenz eines geheimen Additionaltraktats zur Convention vom 15. September, worin die Abtretung Piemonts bis zur Sessia an Frankreich festgesetzt sei, aufrecht erhält. Siccoli soll der „Unità“ zufolge von hochgestellten Personen ersucht worden sein, von der Veröffentlichung des Briefes Umgang zu nehmen, und derselbe geneigt sein, diesem Gesuche zu entsprechen.

Der Correspondent der „Times“ aus Rom meldet, daß der Papst neuer seinem Souverain die goldene Rose schenken werde.

Wie bereits gemeldet, begaben sich die Consuln der garantirenden Mächte am 31. v. Mts. in corpore zum Fürsten Cusa, um demselben eine identische Note ihrer Regierungen vorzulegen, welche besagt, daß die Verträge, welche zwischen den Mächten und der hohen Pforte bestehen, auch auf die Donaufürstenthümer in vollem Maße ihre Anwendung finden. Fürst Cusa verwies dagegen auf einen Artikel der Convention von Paris, in welchem es heißt, daß die zwischen der Pforte und den Mächten abgeschlossenen Capitulationen nur in so weit bindende Kraft für die Fürstenthümer haben sollen, als dieselben mit der diesen Ländern garantierten Autonomie nicht in Widerspruch stehen. Fürst Cusa fügte nun hinzu, daß er vorläufig eine Aufklärung über die Auffassung dieses Artikels seitens der Mächte erwarte. Bis dahin werde er trachten, daß die Fremden in den Fürstenthümern wie bisher auf gerechte und billige Weise behandelt würden; aber nicht auf Grund der ihnen in den Capitulationen eingeräumten Freiheiten, sondern nach dem Völkerrecht, nach welchem die Fremden in anderen europäischen Staaten behandelt werden. — Man ist, schreibt man der „G.-C.“ aus Bukarest, hier nunmehr sehr gespannt, ob sich die Mächte zu der Auffassung des Hospodaren der Moldau-Walachei über die Verträge und Convention zuwenden und den jedenfalls eigenthümlichen und sehr großen Begriff, welchen sich dieser von der Autonomie der Fürstenthümer macht, acceptiren werden. In maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß Cusa eine viel weniger dreiste Sprache geführt haben würde, wenn er sich nicht vorher versichert hätte, daß er an dem Tulerien-Cabinet einen Schutz und Rückhalt hat, trotz dem, daß gerade Frankreich es ist, welches die Frage angeregt und die überreichte identische Note hervorgerufen hat.

Die Nachricht von Conflicten zwischen dem französischen Gesandten in Constantinopel, Marquis de Moustier, und der Pforte wird jetzt von Paris aus officiell dementirt.

Man wird in England aufmerksamer auf die neue französische Besetzung Obooh an der ostafrikanischen Küste; es liegt den englischen Besetzungen in Aben gegenüber, hat starke Kohlenlager, und französische Officiere mit bedeutenden Waffentransporten sind dort eingetroffen, um aus den Eingebornen eine Landmiliz zu bilden. Es scheint, als ob sich doch etwas zusammenbraue.

In Abyssinien hält König Theodor den englischen Consul Cameron und die Seinigen noch immer in grausamer Gefangenschaft.

Der bayerische Landtag soll, wie man hört, noch im Laufe dieses Monats (wegen der Zollvereins-Erneuerung) zusammenberufen werden. Auch die Ein-

berufung des badischen Landtags soll aus demselben Grunde noch im Laufe dieses Monats erfolgen.

Krakau, 12. April.

Die „Lemb. Ztg.“ vom 10. April bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Lemberg im Monate März 1865 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Urtheilungen.

1. Beim k. k. Kriegsgerichte zu Lemberg. Wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe.

1. Ladislaus Kwiattowski aus Dabrowa, 25 J. alt, abgeleiteter Rechtslehrer, zu 2jähr. Kerker verurtheilt, aber zu 1jähr. mit Einrechnung der Untersuchungshaft von 3 Monaten 20 Tagen begnadigt. — 2. Thaddäus Graf Dzieduszycki aus Niesuchow, 23 J. alt, prov. Beamte der Creditanstalt, zu 3mon. Kerker. — 3. Theodor Kurczaba aus Zaleschow, 25 J. alt, Lakai, und — 4. Frau Rosa Gräfin Dzieduszycka aus Segierany, 57 J. alt, Gutsbesitzerstochter, zu 7täg. Kerker verurtheilt, aber gänzlich begnadigt. — 5. Maria Dworak aus Lemberg, 33 J. alt, Besizerin in Niesuchow, ab inst. losgesprochen. — 6. Joseph Karwat aus Radgoszcz, Gutsverwalter in Chlebowice, zu 4mon. Kerker verurtheilt, aber im Gnadenwege gänzlich nachgesehen. — 7. Marian Minkusiewicz aus Sadow, 19 J. alt, Gymnasialschüler, zu 4mon. Kerker. — 8. Marzell Brunn aus Lemberg, 17 J. alt, Handlungs-Commis, zu 1mon. Kerker verurtheilt, im Gnadenwege auf 14 Tage Kerker gemildert. — 9. Stanislaus Ritter v. Nikorowicz aus Grzymadow, 24 J. alt, Gutsbesitzer von Wolica und Zielona, losgesprochen und schuldlos erklärt. — 10. Carl Kozajewicz aus Sarnow, 47 J. alt, Realitätenbesitzer, ab inst. losgesprochen.

Wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit. 11. Parafka Narewacz aus Mikasow, 45 J. alt, Bäuerin, zu 2mon. Kerker verurtheilt, aber gänzlich losgesprochen.

Wegen Uebertretung des unkeusamen Waffensbesizes.

Basil Nakonelnj aus Barykwa ulica, 31 J. alt, Schenkwächter in Laski, zu 6täg. Stockhausarrest verurtheilt, im Gnadenwege nachgesehen. — Jwan Gladisz aus Saworow, 70 J. alt, Grundwirth in Sianki, zu 6täg. Stockhausarrest, im Gnadenwege die Strafe auf 5 Tage herabgesetzt. — 14. Maxim Wajduk aus Brozje, 30 J. alt, Bauer, zu 5täg. Arrest. — 15. Andreas Prybuszef aus Wolica komarowa, 34 J. alt, Bauer, zu 1täg. Arrest verurtheilt, aber gänzlich begnadigt. — 16. Johann Bach aus Ketebach, 27 J. alt, Grundwirth, zu 25 fl. Geldstrafe verurtheilt, aber gänzlich begnadigt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. April. Heute hat Se. Majestät der Kaiser keine Audienzen ertheilt und sind die Audienzen bis nach den Feiertagen verschoben.

Ihre Majestät die Kaiserin Carolina Augusta haben dem Vereine zum Besten der aus der hiesigen Irrenanstalt geheilt entlassenen hilflosen Personen 100 fl. allernädigst zu spenden geruht.

Die Festschauung findet am Gründonnerstag am a. h. Hof im Rittersaale unter den üblichen Ceremonien statt. Se. Eminenz der Herr Cardinal-Fürst-erzbischof verrichtet am Gründonnerstag dieselben Ceremonien an 12 armen Bürgern Wiens.

Das Mitglied der reichsräthlichen Staatsschulden-Commission Hofrath v. Taschet hat gestern in Begleitung des k. k. Finanzrathes Mascha die Liquidationen der k. k. Staatsdepositen- und Staatsschuldencassen kontrollirt, um sich durch Stichproben von den Tilgungen der Staatsschuldenverschreibungen Ueberzeugung zu verschaffen.

Deutschland.

Aus Kolding wird gemeldet, daß die Gränz-Regulirungscommission seit acht Tagen wieder mit der Abdeckung der schleswig-jütlandischen Gränzlinie beschäftigt ist. Die deutschen Commissare sollen sich dabei für den Austausch des Gränzdorfes Skovrup (nördlich von Christiansfeld) zu Gunsten Nord-schleswigs ausgesprochen und vorläufig die Zustimmung der dänischen Commissionsmitglieder erlangt haben. Die Bewohner des Dorfes haben jedoch protestirt und zwei Deputirte an den König von Dänemark geschickt, welche am 5. d. in besonderer Audienz empfangen wurden und denen der König die Erfüllung ihrer Wünsche versprach.

Aus Hamburg verlautet, daß dort in den letzten Tagen regelmäßig preussische Quartiermacher nach dem Norden durchpassirt sind. Dieselben führen allerdings nicht directe Truppenanmeldungen aus; sie ziehen jedoch im südlicheren Holstein Erkundigungen ein über die eventuell disponiblen Bequartirungs-Räumlichkeiten.

In der Flaggenfrage ist von Kieler Rhedern eine neue Vorstellung an die oberste Civilbehörde gerichtet worden. Es fehlt nämlich noch immer ein amtlicher Erlaß, welcher die Flagge näher beschreibt und die Seefahrer über die Anwendung derselben belehrt.

Der Kieler Polizeibehörde ist es nunmehr gelungen, den Menschen, welcher das Schilderhaus des Fahnenpostens in der Neuen Dänischen Straße bespuckt und durch seine Flucht den Posten zum Schießen veranlaßt hat, in der Person eines in der Brunswiek wohnenden Maurergesellen zu ermitteln und in Gewahr zu bringen.

Aus Dresden, 8. April, wird dem „Nürnberg. Corresp.“ gemeldet: Die Elbe ist mit großer Schnelligkeit gestiegen, den zur Abhaltung des deutschen Sängerkongresses bestimmten Platz überfluthend. Der angefangene Bau der Festhalle steht vollständig unter Wasser. Der Strom ist fortwährend im Steigen.

Frankreich.

Paris, 9. April. Der französische gesetzgebende

Körper hat in der Fortsetzung der Abredebehalte gestern die Discussion über das Amendement den obligatorischen und unentgeltlichen Unterricht betreffend mit der Ablehnung des Amendements durch 240 gegen 17 Stimmen geschlossen. Hierauf kam ein Amendement betreffs der jüngsten päpstlichen Encyclica zur Verhandlung. Das Amendement gegen den Inhalt der Encyclica und die Bestimmung des Episkopats gerichtet, sagt, „das Land fühle die Nothwendigkeit, zwischen den Culten eine wirkliche Gleichheit herzustellen, die Achtung vor dem Princip der Gewissensfreiheit zu sichern und die Discussionsfreiheit in religiösen und philosophischen Sachen zu wahren.“ Der Kaiser der Franzosen hat die früher ertheilte Ermächtigung zur Bildung eines Gensd'armie-Corps für Mexico wieder zurückgezogen, weil bei dem betreffenden Projecte bei der Ausführung mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären. Nun soll erst wieder ein neuer Plan ausgearbeitet werden. — In den Kirchen sind sehr ergiebige Sammlungen für den Peterspfennig gemacht worden. — Die Veröffentlichung der Zeitung „L'Union de l'Ouest“ ist auf zwei Monate eingestellt worden.

Schweiz.

Der „Bas. Landes.“ zufolge ist es sicher, daß der Republikaner Friedrich Hecker zum nordamerikanischen Consul in Zürich ernannt worden und zu vernehmen sei, daß er noch dieses Jahr nach Zürich übersiedeln werde.

Der „Ostf. Ztg.“ zufolge traf der Ex-Dictator Langewicz am 30. März von Bern kommend, wo er sich den Mitgliedern des Bundesraths vorgestellt hatte, in Grenchen, seinem künftigen Heimatsorte, ein. In seiner Begleitung befanden sich Graf Ladislaus Plater, Landammann Vigier, Ständdirector Kaiser und mehrere andere Notabilitäten der Stadt Solothurn, wo der Ex-Dictator die letzte Nacht gehalten hatte. Fast alle Polen in Solothurn schlossen sich dem Zuge nach Grenchen an. Sobald der Ex-Dictator im Gasthof zum Löwen abgestiegen war, trafen zahlreiche Deputationen zu seiner Begrüßung ein. Zunächst bewillkommnete ihn eine Deputation der Bewohner von Grenchen, deren Sprecher Dr. Schild war. Während des Banquets in einem großen Saal, worin sich ein Transparent mit dem polnischen Wappen befand, wurden mehrere Reden gehalten. Bank-Director Kaiser legte historisch die Natur und den Charakter des von der Schweiz geübten Asylrechtes dar. Dr. Schild überreichte dem Ex-Dictator eine Haarloose Kosciuszko's. Dr. Ramincki brachte den warmen Gefühlen der Bewohner Grenchen's für Polen seine Huldigung dar. Graf Plater würdigte das Motiv und die Tragweite der dem Ex-Dictator auf seinem Zuge durch die Schweiz überall dargebrachten Huldigungen. Die Feier des Tages schloß mit einem dem Ex-Dictator von der Schuljugend des Ortes gebachten Ständchen und einer allgemeinen Illumination. Nachdem der Ex-Dictator am 31. März noch seinen neuen Mitbürgern mehrere Besuche gemacht, reiste er in Begleitung des Grafen Plater und mehrerer Freunde nach Zürich ab. — Bis jetzt haben in der Schweiz ca. 1000 polnische Flüchtlinge ein dauerndes Asyl gefunden. Davon erwarben 600 ihr Brot durch Arbeit, und 400 sind theils arbeitsunfähig, theils haben sie bis jetzt noch keine lohnende Arbeit gefunden. Die letzteren sollen auf sämmtliche 22 Cantone gleichmäßig vertheilt werden.

Belgien.

Ueber das Duell des Kriegsministers Chazal mit dem Deputirten Delaët verlautet folgendes: Herr Delaët, welcher den ersten Schuß hatte, bleibte den General v. Chazal leicht in der Seite (die Verwundung muß sehr leicht sein, denn der „R. Z.“ wird berichtet, daß der Kriegsminister am Nachmittag desselben Tages spazieren ging). Der Kriegsminister fehlte; darauf wechselten die Herren artige Worte von gegenseitiger persönlicher Achtung miteinander und schieden.

Großbritannien.

London, 9. April. Ihre Majestät die Königin hat im Buckingham-Palast die vierte Cour dieser Saison abgehalten. Die Rückreise nach Windsor trat sie gegen Abend an. (Binnen zwei Wochen — so meldet die lithogr. Correspondenz — wird der königliche Hof von Windsor nach der Insel Wight übersiedeln. Ehe Ihre Majestät die Königin ihre beabsichtigte Reise auf den Continent antritt, wird sie im Laufe des Frühjahrs und Sommers ihre hochlandische Residenz und auch noch für einige Zeit Schloß Windsor aufsuchen, und sich erst am 8. August von Osborne über Antwerpen nach Deutschland begeben.) — Der König der Belgier ist von einem Unwohlsein befallen worden; befindet sich aber heute bedeutend besser. Er hat in den letzten Tagen Schloß Windsor nicht verlassen.

Zum künftigen Gesandten in Japan an Sir Rutherford Alcock Stelle ist der bisherige britische Consul in Schanghai, Sir Harry Parkes, designirt.

Richard Cobden ist gestern auf dem Dorf-Kirchhof von Lavington, in der Nähe des Städtchens (Sussex) bestattet worden. Ein Expres-Zug führte die Leidtragenden von London nach Wiltshire und auf dem Kirchhof von Lavington trafen die Leidtragenden auf den Leichenwagen, welcher sich etwa gleichzeitig von Dunstonsbury, dem kleinen Gute Cobdens, aus (wo er auch gestorben war) in Bewegung setzte. Als Alle sich in den Zug geordnet hatten, betrug ihre Zahl etwa 800, und die hinzuströmenden Theilnehmer aus der Umgegend verdoppelten diese Zahl. Den Gottesdienst und die kirchlichen Ceremonien leitete der Ortsgeistliche, Rev. James Currie. — Der „Köln. Ztg.“ zufolge wird von verschiedenen Seiten zu Gunsten einer feierlichen Beisetzung der sterblichen Ueberreste Cobdens in die Westminster-Abtei agitiert. Da er jedoch selbst gewünscht hat, an der Seite seines Sohnes begraben zu werden, wird die Regierung sich nicht für berechtigt halten, einen diesem Wunsch zuwiderlaufenden Antrag zu stellen.

Dem britischen Kriegsministerium ist von dem Consul in Alexandrien folgende amtliche Mittheilung zugegangen: Nach eingetroffenem Telegramme General Camerons haben die Feindseligkeiten im Whan-

gaura-Districte (Neuseeland) am 24. Januar begonnen. Generalleutnant Cameron rückte mit einer Abtheilung von 800 Mann gegen den Whaitohara-Fluß vor. Am denselben Tage kam es während der Aufstellung eines Pickets bei Rukumrar, bei welchem Dorfe die Truppen ihr Lager aufgeschlagen hatten, zu einem Scharmügel mit den Maoris. Am 25. attackirten sie das Lager und wurden mit einem Verluste von 70 Todten zurückgeworfen; die Zahl ihrer Verwundeten ist nicht bekannt. Unser Verlust an den beiden Tagen betrug 15 Todte und 33 Verwundete, unter letzteren den schwer verwundeten Lieutenant Wilson, den gefährlich verwundeten Fähnrich Grand und den seitdem an seinen Wunden gestorbenen Lieutenant Johnson. Am 5. Februar überführten wir den Fluß und schlugen unser Lager am linken Ufer auf.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 6. April, wird geschrieben: Man ist jetzt damit beschäftigt, die Fregatte „Niels Suel“ auszurüsten; dieselbe soll eine sechsmonatliche Tour nach dem mittelländischen Meere machen. Zum Chef der Fregatte ist der Dragoencapitän E. Suenfon, zum Chef des Schooners „Sylla“, welche eine Tour nach den Färöern und Island machen soll, der Capitänleutnant Ph. Schulz, und zum Chef der Capiteencorvette „Baltysien“ der Capitänleutnant Bruun ernannt worden. — In diesen Tagen sind im Hafen von Fredericia eine Menge Arbeiter damit beschäftigt, den Rest der Kanonenkugeln, Bomben, Granaten und Spitzkugeln, welche die Oesterreicher dort nicht aufgenommen haben, aufzusuchen. Die aufgefundenen Projectile werden von der Commandantenschaft angekauft.

Der „N. Z.“ schreibt man aus Kopenhagen: Heute hat in der Verfassungsfrage zwischen den Ministern von Tillys und David, und dem Statrath Krieger als Vorsitzendem des 30er Ausschusses eine längere Conferenz stattgefunden. Es ist keine Einigung erfolgt, und so steht denn wohl, falls nicht wider den Erwartung der Reichsrath die Vorschläge des Ausschusses modificirt, die baldige Auflösung der beiden Reichsrathskammern bevor.

Italien.

Der „N. Pr. Z.“ wird aus Turin, 6. April, geschrieben: Die Mordthaten, welche in der zweiten Hälfte des verflossenen Monats in Turin etwas seltener geworden waren, haben neuerdings unsere Bevölkerung in Schrecken gesetzt. Seit vier Tagen zählen wir drei Morde. Das Betrübenste aber ist, daß sich das gemeine Volk der Verbrecher annimmt, und die Sicherheitswachen, die sich derselben bemächtigen wollen, prügelt, mit Steinen wirft, wie es vorgefien der Fall war, gar erstickt. Und unter solchen Umständen wagt man die Todesstrafe abzuschaffen zu wollen! Bei dieser Gelegenheit muß ich einen Irrthum berichtigen, der sich in meinem letzten Bericht einschlich. Im Senat ist das Gesetz wegen der Abschaffung der Todesstrafe noch gar nicht zur Beratung gekommen, sondern erst nach Ostern wird die Verhandlung stattfinden. Tröstlicherweise erfährt man, daß der Senat keineswegs gewillt ist, dem Beispiel der Herren Volksvertreter zu folgen. Derselbe soll im Einverständnis mit der Regierung sich höchstens dazu verstehen, die Todesstrafe für Kindesmörderinnen abzuschaffen, da hier oft mitbedrübende Umstände auch eine Milderung der Strafe ermöglichen. — Die Deputirtenkammer, die seit heute zwei tägliche Sitzungen hält, wird höchstens noch eine Woche beisammen bleiben, unbekümmert, ob die Arbeiten erledigt sind oder nicht; denn an ein Wiederzusammentreten nach Ostern ist kaum zu denken. Der Präsident kann auf diese Weise die Abschiedsrede sich ersparen; die öffentliche Meinung aber wird sagen: das erste italienische Parlament hat kläglich geendet, wie es kläglich gelebt hat. Die Wahlen zum neuen Parlament werden erst bis kommenden October stattfinden; die Eröffnung desselben aber erst wohl im December erfolgen.

Rußland.

Nach den neuesten Nachrichten wird die Kaiserin von Rußland, welche während dieses Winters in Kizza weilte, vorläufig noch nicht nach Petersburg zurückkehren, sondern vorher noch zur Stärkung ihrer Gesundheit in Baden-Baden ihren Aufenthalt nehmen. General Murawiew, der Generalgouverneur von Wilna, Kowno, Grodno und Minsk, ist auf kurze Zeit nach St. Petersburg abgereist. (Er ist, wie man hört, als Graf von Wilna in den Grafenstand erhoben worden.)

Wie russische Briefe melden, ist die jetzt in Petersburg grassirende Krankheit, febris recurrens, die eigentliche Egyptische Gelbsucht, deren hauptsächlichste Merkmale bestehen in: heftiger Hitze, Kopfschmerz, Phantasien, Anschwellen der Leber und Milz, nach einiger Zeit Anschwellen der Galle. Sie tritt epidemisch auf und ist nur in der ersten Woche gefährlich.

Zum neuen Censurreglement in Rußland schreibt die „Russische Correspondenz“: Bei der Erörterung des neuen Censur-Projectes nahmen alle Reichsrathsmitglieder einen sehr thätigen Antheil, doch dürfte es besonders der umsichtigen Mitwirkung des sehr ehrenwerthen Reichsrathsmitgliedes, Herrn Nikolaus Milutin zu danken sein, wenn das neue Censur-Reglement als ein liberales, dem Geiste des Fortschrittes entsprechendes befunden werden sollte. Nichtsdestoweniger vermochte seine Ansicht nicht immer durchzudringen wie unter Andern bei dem Paragraphen über die Aufreizung zum Hass eines Theiles der Nation gegen einen andern, von dem Herr Milutin keinen Anstand nahm zu erklären, daß er, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo kaum der Kampf in Polen beendet ist, in seiner Fassung eine Gefahr enthalte und daß seine Anwendung in Zukunft Schwierigkeiten bereiten müßte, wenn der Sinn des Paragraphen nicht näher bestimmt würde. Wie angemess-

sen und zeitgemäß auch diese Erwähnungen waren, wir sind in der Lage zu wissen, daß das Gesetzgebungs-Departement denselben nicht die entsprechende Rechnung getragen hat. Dessenungeachtet kehrt von diesem das neue Censur-Reglement zu dem Plenum des Reichsrathes als ein weit einfacheres und liberales als es im ersten Entwurf der Fall war, zurück. So z. B. sind nicht nur Bücher von 20 Druckbogen, sondern schon alle von 10 Druckbogen, von jeder Censur frei. Diese Aenderung zeigt die Tendenz der Prüfungs-Commission, die besonders in den Bestimmungen über den sogenannten Censur-Gerichtshof liberal und umsichtig erscheint. Nach dem Reglement unterliegen nämlich alle Präfragen der Beurtheilung des Ministers des Innern. Die Presse könnte demnach Gefahr laufen, nicht hinlänglich gegen Willkür geschützt zu sein. Das Gesetzgebungs-Departement schlägt daher in Uebereinstimmung mit der Meinung des Kriegsministers Herrn Milutin vor, dem Gerichtshofe Rechte zu verleihen, die die seines Präsidenten, des Ministers des Innern, auf das richtige Maß zurückführen. Zu diesem Zwecke wird der Gerichtshof, um ihm die volle Freiheit seiner Thätigkeit zu sichern, aus von dem Kaiser selbst ernannten Abgeordneten aus verschiedenen Ministerien zusammengesetzt. Wichtige Fragen würde er unter dem Vorhitz des Ministers des Innern zu entscheiden haben. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit bleibt diesem die Berufung an den Conseil der Minister vorbehalten. Demnach würde der Minister des Innern nicht höchster Schiedsrichter in Präfragenangelegenheiten sein. Seine Thätigkeit kann der des Präsidenten eines öffentlichen Gerichtshofes verglichen werden. Er setzt seine Meinung über die schwebende Frage auseinander und hat die Pflicht, im Falle der Gerichtshof sich einer Abweichung vom Gesetze zuneigen sollte, dieses aufrecht zu erhalten. Dies sind die von dem Gesetzgebungs-Departement durchgeführten Veränderungen. Wir werden bald erfahren, wie dieselben vom Reichsrathe angenommen werden. Inzwischen zweifeln wir nicht an der wohlwollenden Stimmung des Reichsrathes für die von ihm größtentheils selbst angeregten Veränderungen.

Die „Russ. Corr.“ schreibt unterm 3. d. M. zur Epidemie in St. Petersburg: Wenn wir auch leider noch nicht von der Abnahme der in unserer Hauptstadt herrschenden Epidemie berichten können, so ist darum doch das Uebel nicht so groß, als ausländische Blätter es darzustellen belieben. Thatsache ist's, daß die Hospitäler voll sind und daß, um den dringenden Bedürfnissen abzuhelfen, mehrere Gebäude mit anderer Bestimmung zu provisorischen Hospitälern eingerichtert werden mußten. Dieser große Zubrang von Kranken ist durch die Natur der Krankheit selbst bedingt, welche, wenn sie schon ganz gehoben scheint, plötzlich wiederkehrt und dies zu mehreren Malen. So geschieht's häufig, daß die Genesenen in ihren der sanitätlichen Grundbedingungen entbehrenden Wohnungen einen Rückfall erleiden und ein Opfer der Krankheit werden, wenn sie nicht noch zur rechten Zeit in ein Hospital aufgenommen werden, was sie auch nicht immer rettet. Die Verbreitung der Epidemie wird den ungesunden Wohnungen der Armen und der schlechten Beschaffenheit der Nahrungsmittel zugeschrieben. Thatsache ist's, daß die eine geregelte Lebensweise einhaltenden Personen verschont bleiben. Mit Ausnahme eines Hospital-Inspectors und zweier Ärzte kennt man kein Opfer in mittleren und höheren Ständen.

Die Glieder der Moskauer Universität haben die Absicht, ein Haus zu gründen, in welchem armen Studenten umsonst eine gesunde Wohnung geboten werden kann. Eine Subscription ist zu diesem Zweck eröffnet und mehrere Professoren und Literaten werden öffentliche Vorlesungen zur Förderung dieses Unternehmens halten.

Asien.

Ueber den Krieg in Bhutan meldet eine tel. Depesche: General Tombs hat am 2. April Dewangiri mit leichtem Verluste genommen. Keine Officiere sind geblieben. Der Feind schlug sich tapfer und verlor 130 Tode und 30 Gefangene, darunter zwei Hauptlinge. (Diese Nachricht wurde am 6. April in Bombay aufgegeben, ist also in zwei Tagen auf dem persisch-ostindischen Telegraphen nach England befördert worden. Die ersten von London aus nach Bombay und Calcutta beförderten Telegramme, in London aufgegeben am 15. Februar, nahmen noch eifrig Tage zur Beförderung in Anspruch. Sie mußten auf französisch abfertigt werden, und als sie in Karsatschi ankamen, machte es dort einige Schwierigkeiten, sie zur Beförderung über die indischen Drahtheile in England zu überlegen. Doch langte Sir Charles Wood's Depesche vom 1. März schon am 4. März an.)

Vermischtes.

„[Neues Sprengpulver.] „Salorilin“ nennt sich ein neues, von den in Gisi domicilirenden Brüdern Fehleisen erfundenes Sprengpulver, welches seine praktische Verwendbarkeit durch die in den vorliegenden Steinbrüchen damit vorgenommenen Versuche bereits erprobt haben soll. Die Gasarten, die sich aus demselben entwickeln, sollen nicht durch momentanen Stoß, sondern durch allmählig gesteigerten Druck wirken und so das Gestein auseinanderreißen. Im Freien explodiert diese Sprengmasse nicht, sondern verbrennt nur successiv, in also ungefährlich; die Gasarten, die sie entwickelt, sind rauchlos und atembarm und die Wirkung die doppelte des Schießpulvers. Die Grünsäure sollen überdies diese Sprengmasse so modificirt haben, daß sie das Schießpulver auch in seinen sonstigen Wirkungen ersetzen kann.

„Aus Florenz wird gemeldet, daß die Vorbereitungen zur glänzenden Feier des Dante-Jubiläums im Mai unter Oberleitung des Banquieres Salvini in vollem Gange find. Das Fest wird außerordentlich prächtig und Florenz als wirkliche „Münchstadt“ (città di fiori) erscheinen. Das auf dem Santa-Croce-Platz errichtete Monument wird mit 38 Basreliefs (Scenen aus dem Leben des großen Dichters) geschmückt sein und ein großes Transparenz die Apotheose Dante's vorstellen. Schon jetzt sind

die Mästen in der Stadt fabelhaft gestiegen, in entlegenen Quartieren um's Dreifache, in der Nähe der Via Calajoli aber um's Fünffache. In aller Eile werden daher auf einem von dem Stadtrathe bewilligten Plage noch eiserne Säulen aufgeführt, um die ungeheuren Menschenmassen, welche zum Feste kommen werden, wenigstens über die Mäste der Jubelwoche zu beherbergen.

Die Turiner Blätter brachten gestern Tage eine „Statistik der Ignoranz“, wonach unter den 22 Millionen Einwohnern, welche das Königreich Italien hat, 17 Mill. weder lesen noch schreiben können.

Die Tochter des greisen Compositenur Mercadante in Neapel ist plötzlich wahnsinnig geworden. Die neuere Oper des Maestro „Virginia“ wurde von der Direction des dortigen San Carlo-Theaters soeben um 20,000 Lire angekauft.

Abelina Patti, schreibt man aus Paris, war zu einer Privatgesellschaft des bekannten Bankiers Perreire geladen, um seinen Götzen eine Arie vorzuführen. Man war um den Preis von 5000 Frs. einig geworden. Die kleine reizende Nachtigall sang ihre Arie unanachronisch schön, so daß die entzückten Hörer dieselbe da capo verlangten. Der Wirth wandte sich an den Intendanten, welcher die Künstlerin in die Gesellschaft begleitet hatte. Er gab seine Zustimmung zu einer Wiederholung, doch unter der Bedingung der Verdopplung des Preises. Das wurde acceptirt, Abelina Patti sang ihre Arie nochmals und erhielt am nächsten Morgen ein Honorar von 10,000 Francs.

In Vorkshire starb im vorigen Monat Isabella Ross, geborne Burnside, im Alter von 105 Jahren. Ihre Mutter hatte das Alter von 106, ihre Großmutter gar von 140 Jahren erreicht. Isabella Ross hinterläßt keine Kinder. Ihr überlebender Gatte ist den Neunzigern nahe, aber noch sehr rüstig.

Einem neuen Jahresgehalt zahlt Lord Stamford seinem Jockey Jimmy Grimshaw, nämlich nicht weniger als 1000 Pfd. Sterling, d. i. über 10,000 fl. unferes Geldes. Die englischen Sportsmen haben sich um den berühmtesten Jockey seit längerer Zeit förmlich gerissen, bis ihn endlich Lord Stamford um die genannte Summe kaperte.

In der jetzt im Krystallpalast von Sydenham angestellten Sammlung von Gegenständen, die dem Capitän Negroni gehören und aus dem Sommerpalast von Peking stammen, bemerkt man vor Allem einen Saphir, der 1 1/2 Million werth ist, und eine Flasche sogenannter Krokodilengasse, von der man behauptet, ein Tropfen genüge, um einen wollüstigen Rausch, gleich dem vom Haschisch stammenden, hervorzubringen, dem aber ein unvermeidlicher Tod folgt. Jedenfalls dürfte der Saphir mehr Liebhaber finden, als die Krokodilengasse.

Der türkische Gesandte in Petersburg, Chalt-Bey, hat dem Kaiser von Rußland für das Museum der Gremitage eine werthvolle Sammlung von Alterthümern, die bei Nachgrabungen in Aegypten gefunden wurden, dargebracht. Es befinden sich in derselben 15 Bronzefiguren mit Gold- und Silber verziert, worunter ein stehender und ein sitzender Oris, so wie eine dem Oris geweihte Kage. Unter den übrigen Bronzen sind noch drei Königfiguren aus der Zeit der ägyptischen Pharaonen, so wie die Statue eines jungen Prinzen derselben Dynastie hervorzuhellen; eine Büste des Serapis aus der Zeit der Ptolemäer und die Büste einer Königin mit den Attributen der Isis verdienen nicht mindere Beachtung. Diese aus 500 Nummern bestehende Sammlung bringt die Zahl der Denkmäler des ägyptischen Museums auf 2000.

Ueber die Abschiedsvorstellung des Fr. Hedwig Naabe in Petersburg schreibt man: Zur letzten Vorstellung, „Die Grille“, war der Andrang so gewaltig, daß schon große Protection dazu gehörte, um ein Plätzchen zu erwischen und man vergebens fünf- und zwanzig Rubel für einen Lehnstuhl bot. Die Fälle aller Liebeszeichen wurde auf das Haupt des angebeteten Schöpfins ausgegossen. Als Hedwig Naabe am Schluß der Vorstellung zum zehnten Mal erschien und „Wien, auf Wiedersehen!“ sagte, erhob sich die ganze Versammlung; die Damen aus den Logen wehten mit den Taschentüchern und die Herren winkten mit ihren Hüten dem scheidenden Lieblichen Lebewohl zu. Unter den Geschenken, die ihr in Masse zuflamen, erwähnen wir z. B. ein Brillant-Armband mit über 1000 Rubel an Werth, sowie ein Schwarzbrot, dessen innerer Kern zwei kostbare Braceletten und Ohrgehänge enthielt, mit folgender Aufschrift:

Damit die kleine Grille
Sich ihren Hunger stille,
Auf ihrer weiten Reise
Ein süßes Brod verpfeife
Und, wenn sie es verzehret,
Schnell zu uns wiederkehret.

Von einem durch sie begeisterten Bäcker.

Hedwig Naabe trat vor das Petersburger Publicum im vorigen Herbst als ganz unbekanntes Mädchen. Sie spielte 42 Mal vor stets ausverkauftem Hause und ihr Antheil betrug 38,000 Rubel! Die Direction überreichte ihr außerdem als freiwilliges Geschenk 1000 Rubel.

Professor Agassiz begibt sich nach Brasilien zu einer wissenschaftlichen Expedition, deren Kosten Bostoner Kaufleute tragen. Es handelt sich um den Beweis seiner Theorien, in Betreff der Gletscher. Er wird die Bewohner gründlich durchforschen in Gesellschaft von 8 oder 10 Assistenten, welche die bedeutendsten wissenschaftlichen Institute Amerikas stellen.

Ein chinesischer Riese, zehn Fuß hoch und längere Zeit ein bewunderter Gegenstand der Schaustellungen in Shanghai, will seinen Goliathwuchs auch in Europa verwirklichen.

Ein neuer Comet steht nach Briefen aus Australien vom 26. Jan. am südwestlichen Himmel jenes Erdtheils. Sein Glanz ist sehr hell; man hält ihn für den Cometen vom 1843.

Wohin kommt das „in den April Schießen“? Auf dem Reichstag zu Augsburg im Jahre 1530, wo von der deutschen Nation Tausendthaler und viel Geld gefordert wurde, wo man Religionsstreite schlichtete und vieles andere, was nicht gesagt, thun wollte, sollte auch das Münzwesen in Ordnung gebracht werden. Aber wegen der angekauften wichtigen Gegenstände konnte oder wollte man gar nicht dazu kommen, sondern man legte einen besonderen Montag aus und zwar auf den 1. April. Dieser 1. April war nun das Ziel vieler und großer Speculationen. Aber der 1. April kam — und an einen Montag ward nicht weiter gedacht. Alle die Speculanten, die sich auf den 1. April verläßt hatten, hielt man für angeführte Narren; und so bekam der 1. April im ganzen deutschen Reich eine ganz eigene Werkwürdigkeit — als Feiertag der Narren!

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 12. April.

In der hiesigen katholischen Buchhandlung wird (bei H. Budweiser gedruckt) dieser Tage in einer polnischen Uebersetzung „die Convention vom 15. September 1864 und die päpstliche Encyclica“ von Erzbischof Dyanlouy nebst einem Schreiben des Papstes selbst an den Fürsten Metak. Sankungso erscheinen, weiter eine „Marien-Andacht“ für den kommenden Marien-Monat von B. Wie logowski verfaßt, in neuer Ausgabe die derselben Andacht gewidmete Schrift „Monat Mai“, wie sie Erzbischof Solowicki aus dem Italienischen zum Gebrauch für polnische Katholiken umgearbeitet. Unter der Presse find: eine Uebersetzung der Abhandlung Cardinal Wiseman's „Ueber die Beziehung der Wissenschaft zu den schönen Künsten“ aus dem Englischen von Gochow. Lukasiewicz und eine neue polnische Wolschdrift Wielogowski's: „Reise in der weiten Welt“ oder: „Wie schaut's anderswo aus und wie bei uns“.

Die neunzig hier angekommenen Wiener Techniker, welche mit Professor Schö n vorgestern Wieliczka besuch, sind bereits gestern wieder über Warschau-Draun heimgekehrt. Wie wir hören, waren die jungen Touristen auf der Reise hierher durch Czestochowa nach dem Baron Rothschild'schen Eisenwerk in Witkowicz gebracht worden, wo die Beamten einen Festball für sie veranstaltet, ein erwünschtes Delicium in der wissenschaftlichen Excursion nach Norden, während die andere Hälfte der jugendlichen Techniker gleichzeitig dem Süden zu, nach Triest, gegangen war.

Die hiesige Kunstausstellung bereicherte sich auch in der vergangenen Woche durch mehrere Gemälde aus Krakau,

Düsseldorf und Dresden, so daß die Zahl der Nummern bereits auf 181 gestiegen.

„[Gingefand.]“ Mittwoch den 19. d. wird im Casino eine Tanzunterhaltung abgehalten.

Am 1. Mai d. J. tritt im Markte Bucaczowice eine f. f. Postexpedition ins Leben, welche sich mit dem Briefpostdienste und mit der postamtlichen Behandlung von Geld und sonstigen Werthsendungen befassen und mit dem Postamt Bursztyn in Verbindung stehen wird.

Am 1. Mai d. J. tritt in den Orten Stobudza Lesna und Bugan an die Stelle der bisherigen dortigen Postrelais ein f. f. Postamt mit Poststation ins Leben, welches sich mit dem Brief- und Fahrpostendienste, so wie mit der Passagieraufnahme zu den Conrrier- und Postposten zwischen Lemberg und Czernowiz befassen wird.

Sonntag wurden in Lemberg die populären Vorlesungen für Gewerbetheile gehalten. Der Rathsaal und die Galerien waren von Zuhörern erfüllt. Sr. Exc. der Hr. Statthalter, Mitglieder des Landesauschusses, höhere Beamte und andere Notabilitäten haben die Versammlung mit ihrer Gegenwart beehrt. Prof. Wladyslaw trug über die Entwicklung der Industrie und über den Einfluß der neuesten Erfindungen auf die Gewerbe und Industrie, Prof. Dr. Strzelecki über das elektrische Licht vor.

Die f. f. Finanz-Landes-Direction in Lemberg hat eine Steuereneinnehmerstelle III. Klasse dem disponiblen Verzehrungs-Steuer-Einnehmer Joseph Zbrassil provisorisch verliehen.

In Lemberg wird am 29. April l. J. die 15. öffentliche Verlosung des Lemberger Grundentlastungsfondes stattfinden. Die zu dieser Verlosung bestimmte Tilgungsquote beträgt 354,000 fl. Conv.-Münze oder 371,700 fl. österr. Währ., und es spielen hierbei sämmtliche bis 15. Februar l. J. hinausgegebenen Schuldverschreibungen mit.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Die Bahnstrecken zwischen Lundenburg und Mendorf, dann zwischen Lundenburg und Saiz sind durch Hochwasser welches zwei Brücken zerstörte, unfahrbar geworden. Der Verkehr von Reisenden, Gütern und Vieh ist daher, nach einer Rundmachung der Direction der Kaiser Ferdinand-Nordbahn, bis auf Weiteres nur zwischen Wien und Lundenburg, Brünn und Saiz, dann zwischen M. Mendorf und den darüber hinausgelegenen Stationen der Nordbahn, so wie der Anschlußbahnen stattdessen, indem auch die Communication auf den Hauptstraßen durch Zundationen gestört ist. Die Wiederherstellung des Verkehrs in den unterbrochenen Bahnstrecken wird unverzüglich bekannt gegeben werden.

Die Berliner Bank geschlossen. Allgemeines Aufsehen erregte es Samstag Morgens, daß die Bank bis Mittag geschlossen blieb und waren viele Leute naiv genug zu glauben, daß die unter den Linden stattfindende Parade daran Schuld sei. Die Sache hat sich jedoch anders aufgelöst, indem nämlich entdeckt worden ist, daß bei der Bank eine höchst bedeutende Menge von 50-Thaler-Banknoten vom Jahre 1846 auf eine bis jetzt unerklärliche Weise abhandeln gekommen sind. Besagte Noten sind schon seit ein paar Jahren außer Circulation gesetzt und werden die eingehenden Noten zurückgehalten, um sie später in der ganzen ausgegebenen Summe zu amorfisiren. Ob nun die aus der Bank verschwundenen Noten verlegt, verpackt oder entwendet worden sind, wird sich wohl bald ergeben. Auf die Ermittlung des Thäters und Wiederbeschaffung der fehlenden Noten hat die Bank eine Belohnung von 1000 Thlr. ausgesetzt.

Breslau, 11. April. Amtliche Notirungen. Preis für einen preussischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preussischen Silbermünzen — 5 fr. 8. W. außer Agio: Weißer Weizen (alter) 64—74, (neuer) 54—66; gelber (alter) 60—68, (neuer) 53—62, gelber (erwachsen) 46—52, Roggen 40—42, Gerste 31—37, Hafer 25—28, Weizen 54—63. — Nothe Kleesaaten für einen Zollcentner (89 1/2 Wiener Pf.) in preussischen Thalern (zu 1 fl. 57 1/2 kr. österr. Währ. außer Agio) von 15—20 1/2 Thlr., Weizen von 12—20 1/2 Thaler.

Hamburg, 11. April. Wie verlautet, soll am Donnerstag die englische Bank den Discount herabsetzen.

Wien, 11. April. Abends. [Gas.] Nordbahn 1790. — Credit-Aktien 182.20. — 1860er Lose 93.40. — 1864er Lose 89.45.

Paris, 11. April. 3 1/2 Rente 67.80.

Berlin, 10. April. Böhmische Westbahn 76 1/2. — Galiz. 98 1/2. — Staatsb. 117 1/2. — Freiw. Anleihen 102 1/2. — 5 1/2 Rente 63 1/2. — Nat.-Anl. 70 1/2. — Credit-Lose 77 1/2. — 1860er-Lose 86 1/2. — 1864er Lose 55. — 1864er Silber-Anl. 74 1/2. — Credit-Aktien 84 1/2. — Wien —.

Frankfurt, 10. April. 5perc. Met. 63 1/2. — Anleihen vom Jahre 1859 78 1/2. — Wien 107 1/2. — Banca-Aktien 854. — 1854er Lose 79. — Nat.-Anleihen 68 1/2. — Credit-Aktien 195 1/2. — 1860er Lose 86. — 1864er Lose 96 1/2. — Staatsbahn —. — 1864er Silber Anl. 74 1/2. — American. 60 1/2.

Hamburg, 10. April. Credit-Aktien 82 1/2. — Nat.-Anl. 69 1/2. — 1860er Lose 84 1/2. — Aufst. Anl. —. — Wien —.

Paris, 10. April. Schlusscourse: 3perc. Rente 67.70. — 4perc. 96. — Staatsbahn 445. — Credit-Mobilier 816. — Lomb. 551. — Deft. 1860er Lose —. — Piem. Rente 65.70. — Consols mit 9 1/2 gemeldet.

Liverpool, 10. April. (Baumwollenmarkt.) 6000 Ballen Umsatz. — Upland 14 1/2. — Fair Dholl. 10 1/2. — Middl. Fair Dholl. 9. — Middl. Dholl. 8. — Bengal 5 1/2. — Domra 9 1/2. — Pernam 13 1/2. — China 7 1/2.

Chranow, 8. April. Auf dem gestrigen Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Megen Weizen 3.50 — Korn 2.45. — Gerste 2.25 — Hafer 1.52 — Buchweizen 2.05 — Erbsen 4. — Grödpfel 1.12 — Eine Klaste hartes Holz 8.50 weiches 6. — Ein Zentner Futter-Klee 1.85 — Ein Zentner Heu 1.70. — Stroh —.75 fl. österr. Währ.

Kolbusow, 8. April. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. W.): Ein Megen Weizen 2.80 — Roggen 1.65 — Gerste 1.70 — Hafer 1.10 — Erbsen 4. — Bohnen —. — Hirse 2. — Buchweizen 1.40 — Kukuruz —. — Grödpfel —.90. — Eine Klaste hartes Holz 6.50 weiches 5. — Futter-Klee ein Zentner —. — Heu 1.20 — Stroh —.80.

Niesow, 7. April. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österr. Währ.: Ein Megen Weizen 3.07 1/2. — Korn 1.95 — Gerste 1.87 1/2. — Hafer 1.22 1/2 — Erbsen —. — Bohnen —. — Hirse —. — Buchweizen —. — Kukuruz —. — Grödpfel —. — Eine Klaste hartes Holz 8.70, weiches 6. — Ein Zentner Futter-Klee —. — 1 Zentner Heu —. — Ein Zentner Stroh —.

Tarnow, 7. April. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. Währ.): Ein Megen Weizen 3. — Roggen 1.97 — Gerste 1.85 — Hafer 1.12 — Erbsen 4. — Bohnen 3. — Hirse 2.20 — Buchweizen 2.20 — Kukuruz —. — Grödpfel 1.20. — 1 Klaste hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Ein Zentner Futter-Klee 1.40 — Heu 1.30 — Stroh —.80.

Wadowice, 4. April. Die heutigen Marktpreise waren in österr. Währ.: Ein Megen Weizen 3.15 — Roggen 2.37 — Gerste 2.15 — Hafer 1.35 — Erbsen —. — Bohnen —. — Hirse —. — Buchweizen —. — Kukuruz —. — Grödpfel 1.50. — 1 Klaste hartes Holz —. — weiches —. — Futter-Klee —. — Der Zentner Heu 1.36 — Ein Zentner Stroh —.58.

Dembica, 30. März. Auf dem heutigen Markte waren folgende Durchschnittspreise: Ein Megen Weizen 3. — Roggen 1.90 — Gerste 1. — Grödpfel —.90. — Eine Klaste hartes Holz 7. — weiches 5. — Ein Zentner Futter-Klee —. — Heu 1. — Stroh —.60.

Vemberg, 10. April. Holländer Dufaten 5.13 Geld, 5.19 Waare. — Kaiserliche Dufaten 5.15 Geld, 5.22 W. — Aufst. Silber-Rudel ein Stück 1.69 G., 1.73 W. — Aufst. Silber-Papier-Rudel ein Stück 1.44 G., 1.46 W. — Preussischer Contant-Thaler ein Stück 1.61 G., 1.63 W. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Coup. 69.55 G., 70.55 W. — Gal. Pfandbriefe in G. W. ohne Coup.

73.18 G., 74.15 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73.79 G., 74.55 W. — National-Anleihen ohne Coup. 76.28 G., 77.12 W. — Galiz. Karl Ludwig-Gifenbahn-Aktien 212 1/2 G., 215 1/2 W.

Krakauer Cours am 11. April. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 112 verl., 109 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 121 verl. 118 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 96 verlangt, 95 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 466 verl., 458 bez. — Russische Silber-Rubel für 100 Rubel fl. österr. W. 141 1/2 verl., 141 1/2 bez. — Preuss. oder Rheinthalaler für 100 Thaler fl. ö. W. 163 verl., 161 bez. — Preuss. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 92 1/2 verl., 91 1/2 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 107 1/2 verl., 106 1/2 bez. — Vollm. österr. Rand-Dufaten fl. 5.21 verl. 5.11 bez. — Napoleondors fl. 8.85 verl., fl. 8.70 bez. — Russische Imperials fl. 9.7 verl., fl. 8.82 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in G. W. 72 verl. 71 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in G. W. fl. 75 1/2 verl., 74 1/2 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 76 1/2 verl. 75 1/2 bez. — Aktien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons fl. öst. Währ. 215. — verl., 212. — bez.

Neueste Nachrichten.

Die „General-Corr.“ schreibt: In unserer gestrigen Mittheilung in Betreff der Steuereinzahlungen in dem Dombicaer (Dembicaer?) Bezirk in Galizien hat sich zu unserem Bedauern ein sinnstörender Schreibfehler eingeschlichen. Die Ziffer der in diesem Bezirke im I. Quartale 1865 factisch eingezahlten Steuersumme soll nicht 1471 fl. 94 kr., sondern richtig 14.741 fl. 94 kr. lauten. (Auch diese Summe stimmt nicht zu den in der Steuerhuldigkeit per 9856 fl. 23 kr. und der Ueberzahlung per 4991 fl. 71 kr. gegebenen Factoren, nach diesen müßte die Summe der Einzahlungen 14.847 fl. 94 kr. betragen. Die Red.) Indem wir diesen Irrthum berichtigen, können wir zugleich auch die von der „Debatte und Wiener Lloyd“ in dieser Beziehung an uns gerichtete Frage dahin beantworten: daß nach dem uns vorliegenden Ausweise (gegenüber eines im ganzen Dombicaer [Dembicaer] Bezirke aus dem I. Quartale 1865 bei einigen Steuerträgern verbliebenen Rückstandes an directen Steuern von etwas über 100 fl.) von den übrigen Steuerträgern dieses Bezirkes nebst der Tilgung ihrer ganzen Schuldigkeit für das I. Quartal 1865 noch für Rechnung der Steuerhuldigkeit des II. Quartals die 50 Percent der Schuldigkeit übersteigende Ueberzahlung von 4991 fl. 71 kr. allerdings freiwillig stattgefunden hat. Diese Ueberzahlungen haben daher jedenfalls jenen Charakter, welcher gegen die sehr düster gefärbten Nothstandsflagen aus jüngster Zeit einen Beweis liefern dürfte.

Prag, 10. April, 7 Uhr 15 Minuten Abends. Der Wasserstand ist unbedeutend höher. Landtelegramme berichten, die Moldau und Nebenflüsse seien gefallen, die Elbe gestiegen; in Teschen 245, Pardubitz 135, Leitmeritz 188 Zoll.

Berlin, 11. April. Heute Nachmittags wurde der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Desterreich unterzeichnet.

Hamburg, 11. April. [Presse.] Der Kieler Corr. der „Hamb. Nachr.“ erfährt aus höchst zuverlässiger (?) Quelle, daß der österreichische Commissär, Freiherr v. Halbhuter, von Wien gedrängt, die Abführung der Ueberflüsse aus der schleswig-holstein'schen Landesverwaltung für das Rechnungsjahr April 1863/64, nach Wien verlange.

Kopenhagen, 10. April. Der Antrag des gemeinschaftlichen Ausschusses wurde im Landesthing angenommen, vom Volksting verworfen; es ist somit der Regierungsvorschlag betreffend das Grundgesetz im Reichsrathe gefallen. Die Regierung erklärte sich der Verfassungsfrage gegenüber beschlußlos. Die Reichsrathssession wird morgen geschlossen.

Paris, 10. April. Die Madrider Epoca demontirt, daß der spanische Gesandte in Chili, Namens Lavino, anlässlich der in Callao vorgekommenen unruhigen Vorfälle seine Pässe zu fordern angewiesen sei; derselbe habe blos Auftrag zu unterhandeln bekommen. Heute heißt es plötzlich, daß Kaiser Napoleon nicht nach Algier, hingegen Prinz Napoleon nach dem Oriente reisen werde.

London, 11. April. Einer officiellen Meldung aus Bombay vom 6. April zufolge haben die Engländer am 2. d. M. Dewangiri in Bhutan erobert. Ihr Verlust ist unbedeutend (bereits oben gemeldet).

„Morning Post“ spricht von einer Privataudienz des in Wien weilenden Mr. Gutt, welche angeblich seiner Mission höchst günstig gewesen sei, hiezu bemerkend, daß demselben trotzdem große Schwierigkeiten zu überwinden bleiben.

Madrid, 7. April. Der Senat hat den die Voraushebung der Steuern betreffenden Gesetzesentwurf mit 101 gegen 42 Stimmen genehmigt.

Constantinopel, 10. April. Heute langte die Stangen'sche Vergnügungs-Expedition aus Palästina und Aegypten über Jaffa und Beyruth glücklich hier an. Sämmtliche Theilnehmer sind gesund.

New-York, 31. März. Lincoln, Grant und Sheridan haben im Hauptquartier Grant's eine Conferenz abgehalten. Officiös wird aus Mexico gemeldet: Das Chasseur-Regiment (welches?) wurde vom Mexicaner Coronea bei Veranos geschlagen, die Gefangenen erschossen. Officiell wird angezeigt: Die Vlocade Montevideos ist seit 22. Februar aufgehoben.

New-York, 1. April. Die Armee Grant's begann sich am Donnerstag (29. März) in Bewegung zu setzen. Die Infanterie rückte längs des Flusses Hatcher's River vor. Sheridan rückte vor, um die südliche Eisenbahn abzuschneiden. Der Marsch gegen Mobile begann am 18. März. Lincoln und Seward verweilen noch in City-Point.

Ein Telegramm der „R. Z.“ aus Newyork meldet das Vorrücken der Franzosen in Mexico von Durango gegen Chihuahua, welches sich jedoch als so stark besetzt erwies, daß die Franzosen sich wieder zurückzogen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Wojcyl.

